

1. A 100: Was schlagen Sie vor, um die Bewohner Alt-Treptows in den Nebenstraßen vor einer „Blechlawine“ zu schützen, nachdem der Anschluss der A100 am Parkcenter fertig gestellt ist?

Alt-Treptow braucht endlich ein Verkehrskonzept, mit welchem klar geregelt wird, dass insbesondere der künftige Durchgangsverkehr von der Anschlussstelle (AS) Treptower Park nicht ins Viertel gelenkt wird. Die Lösung kann jedoch nicht der Weiterbau der A 100 mit dem 17. Bauabschnitt (BA) sein!

Wir haben immer darauf verwiesen, dass die AS Treptower Park verkehrlich nicht funktionieren kann. Dafür sind wir von allen anderen Parteien im Bezirk belächelt worden. Nun wird genau unsere damalige Argumentation für den Weiterbau nach Friedrichshain herangezogen. In der seinerzeitigen Verkehrsprognose ging eindeutig hervor, dass einige Straßen, wie beispielsweise die Schlesische Straße schlichtweg keinen weiteren Verkehr mehr aufnehmen können. Ungeachtet dessen verstärkt das rege Baugeschehen in Alt-Treptow und Umfeld die Situation. Konzepte gibt es dafür nicht. Warum auch? In den Verkehrssimulationen der Planungen jenseits jedweder urbanen Realität flutscht der Verkehr. Zudem erfolgten die meisten Bauvorhaben nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) – jedwede Infrastruktur wurde dabei schlichtweg nicht betrachtet.

Problematisch ist zudem das Zeitfenster, über welchen sich der Bau des 16. BA erstreckt und die verkehrlichen Belastungen, welche sich bereits während der Bauphase zeigen. Zudem wird der Kreuzungsbereich Straße Am Treptower Park/Bouchéstr./Puschkinallee/Eichenstraße umgebaut, weil der Verkehr in der Straße Am Treptower Park von der Elsenstraße auch in Richtung Schlesische Straße fließen soll. Beim Umbau der Kreuzung muss frühzeitig auf die Belange der Kinder auf ihrem Schulweg und der Fuß- und Radfahrer*innen geachtet werden.

Sollte es tatsächlich mit dem 17. BA einen Weiterbau geben, wird sich die Problematik über Jahrzehnte hinziehen. Auch eine verkehrliche Umstrukturierung der Straße am Treptower Park und ein etwaiger Rückbau der Puschkinallee entlang des Treptower Parks wird seinen Effekt erst in ferner Zukunft zeigen und wiederum die Problematik auf den Ortsteil Plänterwald ausweiten.

Alt-Treptow ist ein Wohngebiet und demnach überwiegend eine Tempo-30 Zone. Die Grundvoraussetzungen sind da, die Umstände müssen dringend modifiziert werden! Mit einem Verkehrskonzept, welches einerseits die Entwicklung im Ortsteil berücksichtigt, andererseits den Schwerpunkt auf den Umweltverbund legt und die Bedingungen für den ÖPNV und Radverkehr attraktiver gestaltet.

2. Der Verkehr hat zugenommen und wird für alte Menschen, Fahrradfahrer und Kinder in Alt-Treptow immer gefährlicher. Sehen Sie die Notwendigkeit in diesem Ortsteil ein auf diese Gruppen abgestimmtes Verkehrskonzept zu entwickeln? Welche Schwerpunkte setzen Sie? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Im innerstädtischen Raum werden deutlich mehr Wege mit dem Rad und mit ÖPNV als mit dem Auto gefahren. Dies spiegelt sich jedoch nicht in der Gestaltung des öffentlichen Raums wieder. Alle Verkehrsteilnehmer*innen müssen sich sicher auf den Straßen bewegen können. Alt-Treptow braucht ganz klar „neue Wege“ für die nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen!

Die Bevorzugung des Autos im Straßenraum muss beendet werden. Für Fußgänger*innen müssen die Kreuzungen barrierefrei sein - gut einsehbar, flach und sicher gestaltet werden. Dafür setzen wir

uns seit Jahren beharrlich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Hier ist auch das Ordnungsamt mit einer konsequenten Umsetzung der Straßenverkehrsordnung gefragt! Für Radfahrer*innen muss ausreichend Platz für Radwege, sogenannte Angebotsstreifen, auf den Straßen eingeräumt werden. Es darf keine Konkurrenz um Platz und Sicherheit im Straßenraum geben. Wir plädieren für eine Fahrradstraße im Kiez, welche das Fahrradroutenhauptnetz, in der Kiefholzstraße ab der Elsenstraße weiterführend zum Görlitzer Park und/oder durch die Bouchéstraße führend, aufnimmt. Wir erachten auch eine Spielstraße, beispielsweise in der Bouchéstraße - zwischen der Karl-Kunger-Straße und der Einfahrt zum Supermarkt - oder am Schmollerplatz als sinnvoll. Wir setzen für solche Ideen auf ein Beteiligungsverfahren, um die Bedürfnisse der Anwohner*innen und Gewerbetreibenden zu berücksichtigen.

Gemäß dem Motto „Kurze Beine - kurze Wege“ haben wir uns in der BVV besonders für die Schulwegsicherheit im Ortsteil stark gemacht und eine Schulwegsprechstunde eingerichtet. Es hat sich gezeigt, dass sich durch das Baugeschehen und der Eröffnung der „Kiefholz-Grundschule“ neue Wegebeziehungen ergeben haben, welche nicht berücksichtigt wurden. Dies haben wir ausdauernd thematisiert. Wir erachten es jedoch nicht als zielführend, dass für jede Gefahrensituation Anträge in die BVV eingebracht und diese teilweise erst nach Jahren durch das Bezirksamt umgesetzt werden. Daher haben wir Anfang 2015 angeregt, dass „die Schulwege zu den beiden Schulstandorten in der Bouché- und der Kiefholzstraße gemeinsam mit“ dem Bezirksamt, „den Eltern, dem Elternbeirat, der Gesamtelternvertretung und Schulvertretern auf potentielle verkehrliche Gefahren zu untersuchen und möglichst zeitnahe Lösungen zu erarbeiten.“

3. *Grünflächen: Steigende Einwohnerdichte und Tourismus haben zu einer deutlich höheren Nutzungsfrequenz auf unseren Grünflächen geführt. Insbesondere der Schlesische Busch und der Mauerstreifen werden extrem verschmutzt und der Pflanzenwuchs wird beschädigt. Welche Maßnahmen werden Sie vorschlagen/ unterstützen oder empfehlen neu einzuführen, um den Schutz der Grünanlagen künftig zu verstärken? Wie kann hierfür eine Finanzierung sicher gestellt werden?*

Wir haben uns in dieser Legislaturperiode in der BVV federführend für den Umwelt-, Natur- und Artenschutz im Bezirk stark gemacht – ob übergeordnete Ansätze, wie die naturnahe Pflege und der Schutz von Grünanlagen, die ökologische Freiraumplanung oder anhand vielfältiger konkreter Beispiele Anträge von Abwasser bei bis Zauneidechse.

Alt-Treptow gilt aktuell mit öffentlichen wohnungsnahen Grünanlagen als „schlecht“ oder gar „nicht versorgt“. In der städtischen Entwicklung des Ortsteils wurden auch die Bedarfe an grüner Infrastruktur nicht mitentwickelt. Einhergehend mit dem angeführten, steigenden Nutzungsdruck wird es perspektivisch zu einer weiteren Unterversorgung und Verarmung der Stadtnatur kommen.

Zeitgemäße, nachhaltige, naturnahe Grünpflege ist für uns die logische Konsequenz, um in Zeiten von knappen Kassen unseren Bezirk grün zu erhalten. Eine standortgerechte und heimische Bepflanzung, die Wahrung von natürlichen Kreisläufen fördert die biologische Vielfalt. Die Bedürfnisse der Bevölkerung stehen dabei im Mittelpunkt. Denn neben dem Rasen für Freizeit und Erholung kann die Wildwiese nicht nur ästhetisch reizvoll und ökologisch bedeutend sein, sie hat auch einen minimalen Pflegeaufwand und dörft selbst in Trockenperioden nicht völlig aus.

Das Thema Grünpflege haben wir neben dem konzeptionellem Ansatz wiederholt am Beispiel „Schlesischer Busch“ thematisiert. Durch die berlinweite Einschränkung der öffentlichen Grillplätze

erfährt der Park eine intensive Freizeitnutzung, welche dem Wert der Grünanlage erheblich schadet. Dazu kommt die Nutzungsüberlassung für Großveranstaltungen. Insbesondere das Grillen außerhalb der ausgewiesenen Flächen, die starke Vermüllung und der Missbrauch der Gehölzbestände als „öffentliche Toilette“ stellen eine erhebliche Schädigung dar. Mit einem naturnahen Pflegekonzept könnte man den Spagat zwischen intensiver Freizeitnutzung und dem Schutz der ökologischen Nischen gerecht werden und die Aufenthaltsqualität steigern.

Erholungsnutzung und Stadtnatur machen nicht an der Bezirksgrenze halt. Der Görlitzer Park und der Schlesische Busch sind laut Landschaftsprogramm (LaPro) für die Pflege und Entwicklung als Eignungsfläche für den Biotopverbund vorgesehen, der ehemalige Görlitzer Bahndamm wiederum stellt eine Biotopverbindung dar. Um dem LaPro gerecht zu werden, hat das Parkpflegewerk für den Görlitzer Park neben der Sport-, Freizeit- und Erholungsnutzung diese Aspekte berücksichtigt. In Anlehnung an das Parkpflegewerk sollten demnach die Gehölzbestände im Schlesischen Busch mit Sträuchern wie Wildrose, Sanddorn oder Schlehe umpflanzt werden, um sie vor Tritt zu schützen. Ein weiterer Schwerpunkt muss für die Mitnahme der Bevölkerung die Information und Umweltbildung sein. Die Anwohnerinitiative „Schmetterlingswiese“ macht vor, wie es geht! Leider sind unsere beharrlichen Ansätze für eine übergeordnete Betrachtung dieses grünen Stadtraums und entsprechender Pflegemaßnahmen bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Das Korsett der Aufwandsklassen, das Fehlen darin von Pflegemaßnahmen, wie der Biotoppflege, die Straßenreinigungsgebühren für Grünanlagen als Anrainer, die Unterversorgung der Grünflächenämter, der Höhe des Titels für die Grünpflege und dessen tatsächlicher Verwendung – dies sind die Blockaden, die gelöst werden müssen! Solange aus dem Titel neben der „Unterhaltungs-, Pflege- und Grunderneuerungsarbeiten von Grünanlagen, Kinderspielplätzen sowie anderen Außenanlagen“, die Straßenreinigungsgebühren und die Müllentsorgung den Löwenanteil verschlingen, bleiben für eine wirkliche Pflege und Instandhaltung kaum Ressourcen. Die „Pflege“ der Straßenbäume ist nur noch eine Wahrung der Verkehrssicherheit.

Unser Engagement für naturnahe Pflegekonzepte und die Evaluierung der Straßenreinigungsgebühren hat sich auf andere Bezirke und den Senat übertragen. Wir erhoffen uns von der aktuellen Evaluierung der Grünpflege durch die „Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt“ positive Auswirkungen! Für einen wirklichen Effekt muss neben dieser Stärkung der Grünflächenämter die Kooperation zwischen den Fachämtern gestärkt und die Präsenz des Ordnungsamts verstärkt werden.

4. *Durch die mittlerweile hohe Zahl an Kindern sind die vorhandenen Spielflächen nicht ausreichend. Insbesondere für Kinder ab 8 Jahren gibt es kaum ein Angebot. Halten Sie es für notwendig, neue Flächen als Spielflächen zu gestalten? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht? Wie kann das finanziert werden?*

Auch der Nutzungsdruck auf Spielflächen ist stark gewachsen und wird sich aufgrund der baulichen Entwicklung des Ortsteils – wie bereits oben ausgeführt - verstärken. Das Bezirksamt hat zwar in seinen Leitlinien des „Entwicklungskonzepts Wohnen - Wohnungsbaupotentialanalyse 2013/2014“ die Bedarfe an sozialer Infrastruktur berechnet. Jedoch wurden für Alt-Treptow nur die Vorhaben mit Bebauungsplänen (B-Pläne) berücksichtigt. Wir fordern daher zwingend, dass für die verbleibenden Bauflächen B-Pläne aufgestellt werden, damit die erforderlichen Gemeinbedarfsflächen aus dem Vorhaben heraus berücksichtigt und auf der Fläche für alle Bewohner*inne des Ortsteils integriert werden können! Der Bedarf darf nicht zu Lasten bestehender Grün- und Freiflächen, wie der Wagenburg Lohmühle gehen.

Bestehende Spielflächen und der Abenteuerspielplatz „Kuhfuß“ müssen durch gute Pflege und ausreichend Mittel gestärkt werden. Auch ist hier wäre der Blick der Stadtentwicklung über die Bezirksgrenzen wichtig. Auch Spiel, Sport und Spaß machen hier nicht halt. Wer stört sich beim Spiel daran, dass der Spielplatz zwar um die Ecke jedoch im Nachbarbezirk liegt?

Wir plädieren für einen Naturerfahrungsraum (NER) im Ortsteil - gerade die unter 3. aufgeführten ökologisch bedeutenden Flächen laden dazu ein! Denn hier würde die Finanzierung durch die Untere Naturschutzbehörde erfolgen, weil die Schaffung von NER als Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß §1 (6) Bundesnaturschutzgesetz geregelt ist. Was kennzeichnet einen NER? Es ist eine naturnahe Grünfläche, ohne Ausstattung mit Spielgeräten, ohne pädagogische Betreuung sowie geringen Pflegemaßnahmen. Wir sehen darin eine ideale Bereicherung für den Ortsteil. Von einem NER könnten auch die Schulen und Kindergärten profitieren. Die Umweltbildung und das Erfahren der Stadtnatur vor der Haustür ist für uns elementar.

Das Stadtgrün weist vielfältige Lebensräume jenseits der Berliner Forsten auf. Auch „die Kleingärtner*innen sind sich ihrer Bedeutung zunehmend bewusst und schauen über ihren Gartenzaun: So beteiligen sie sich aktiv (...) an der Umweltbildung, öffnen sich für die Bevölkerung und verbessern dadurch das Angebot für Naherholung.(...)“. Daher setzten wir uns konkret für den Erhalt und die Öffnung der Kleingärten und die Stärkung der Kooperation mit Kita und Schule ein!

5. *Wie lauten die Prognosen zum Bedarf von Kita-, Hort- und Grundschulplätzen in Alt-Treptow? Welche Maßnahmen werden ergriffen oder sind in Planung, um diesen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen unterstützen Sie?*

Die Bevölkerung wächst in Alt-Treptow, die Zahl der Kinder in Kita- und Grundschulalter nimmt überproportional schnell zu. Die Realität überholt auch die mutigsten Prognosen und Alt-Treptower Kinder unter 3 Jahren müssen lange Wege in Kauf nehmen oder zuhause betreut werden. Bei 3 bis 6 Jährigen sieht die Situation etwas besser aus, allerdings auf Kosten der Kleineren. Die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern ist im Bezirk nicht möglich.

Der Bezirk muss natürlich Betreuungspotentiale der bestehenden Kindergärten aktivieren und ausschöpfen und Bauträger zum Kitabau über Städtebauliche Verträge verpflichten. Doch reichen diese Maßnahmen nicht aus. Es müssen neue Kitas gegründet werden, auch kleinere Elterninitiativkitas und Tagespflegestellen sollten als erstzunehmende Alternative ausgebaut werden. Für uns Bündnisgrüne ist aber auch die Qualität der Betreuung elementar. Aus- und Weiterbildung der Erzieher*innen, gerechte Bezahlung der Arbeit und die Verbesserung des Betreuungsschlüssels stehen für uns hier im Mittelpunkt. Dies wollen wir im Bezirk unterstützen.

Die beiden Alt-Treptower Grundschulen sind stark nachgefragt. Die Bevölkerungsentwicklung hat auch hier die Prognosen überholt. Die Nachmittagsbetreuung ist in beiden Schulen stark belegt, denn die Klassenstufen 1 bis 4 besuchen den Hort nahezu geschlossen. Vor allem die Situation in der Kiefholz-Grundschule bereitet Grund zur Sorge. Selbst nach dem Ausbau der Räume im Dachgeschoss werden der Schule Platz und Personal für fast 190 Kindern, das sind 1,3 Züge, fehlen. Unverständlich ist, dass das Bezirksamt sich auf „überdurchschnittlich viele Wanderungsbewegungen zu Schulen im Umfeld“ verlässt. Wenn in der Einzugschule keine Plätze sind, bleibt den Eltern nichts anderes übrig, als ihre Kinder woanders einzuschulen. Das stellt ein Paradoxon dar. Denn der anhaltende Trend zum Umzug nach Alt-Treptow wird nach neuem Schulraum verlangen. Sollte durch Ergänzungsbauten keine Abhilfe geschaffen werden können, wäre

eine Neugründung die einzige konsequente Maßnahme. Hier wiederholen wir unsere Forderung, dass für die verbleibenden Bauflächen B-Pläne aufgestellt werden, damit die erforderlichen Gemeinbedarfsflächen aus dem Vorhaben heraus berücksichtigt und auf der Fläche für alle Bewohner*inne des Ortsteils integriert werden können!

Wir wollen die Alt-Treptower Schulen unterstützen, ihre Gebäude endlich in einen guten baulichen Zustand zu bekommen, damit diese optimal genutzt werden können. Die Schulen haben einen kostbaren Auftrag – für die Bildung unserer Kinder zu sorgen!

6. *Senioren: In unserem Kiez leben auch viele ältere und alte Menschen. Sie sind von dem Mangel an Fachärzten besonders betroffen und es werden zunehmend Pflege- und Betreuungskapazitäten erforderlich sein. Sehen Sie Möglichkeiten um auf die Gewinnung von Fachärzten Einfluss zu nehmen? Welche Vorhaben, Ideen haben Sie, die Herausforderung in der Versorgung und Pflege, die durch den demografischen Wandel entsteht, im Bezirk und im Ortsteil zu bewältigen?*

Für Alt-Treptow setzen wir uns für eine wohnortnahe und unabhängige Beratung und Unterstützung für alle Bürger*innen, besonders aber für kranke und pflegebedürftige Menschen ein! Das heißt, bestehende Angebote müssen gestärkt, Arztabwanderung und Fachkräftemangel verhindert werden. Zudem setzen wir auf zeitgemäße Modelle in der Stadtentwicklung, wie generationenübergreifendes und barrierefreies Wohnen, um das Leben im Alter im angestammtem Wohnumfeld zu ermöglichen. Die Chancen des demografischen Wandels muss genutzt werden, um die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern!

Betrachtet man den Trend des demographischen Wandels kommen gesundheitspolitisch neue Herausforderungen auf uns zu. Bezirkliche Gremien bieten die Möglichkeit, verschiedene Akteure zusammenzuführen und die Bedarfsplanung somit effektiver zu strukturieren. Die verschiedenen Einrichtungen, beispielsweise Krankenhäuser oder Arztpraxen sollten unterstützt werden, enger mit Einrichtungen und Berufsgruppen der Gesundheitsversorgung im Quartier zusammenzuarbeiten. Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen betrifft uns alle und sollte daher auch als prioritäre Aufgabe der gegenwärtigen Politik behandelt werden. Die Sicherung einer qualitativen Versorgung von alten oder pflegebedürftigen Menschen muss an verschiedenen Punkten ansetzen. Das bedeutet neben der Stärkung und dem Ausbau der aktuellen Pflegenetzwerke auch deren rigorose Qualitätskontrolle sowie eine anständige Bezahlung und Wertschätzung derjenigen, die in diesem Bereich tätig sind. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen darüber hinaus neue Ausbildungskonzepte, beispielsweise die Ausbildung zur/zum Pflegehelfer*in intensiver gefördert werden, ebenso wie die Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Qualitative und selbstbestimmte Pflege sind keine Luftschlösser, sondern reelle Standards, welche erreicht werden müssen!

Wir meinen, dass nur ein lebendiger Kiez mit kurzen Wegen zu Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen und Kultur, wie Kiezclubs und Bibliotheken, eine Teilhabe im Alter ermöglicht!

7. *Das Land Berlin hat mit dem Programm Schulsozialarbeit einen wichtigen Schritt zur Förderung und Integration von bildungsbenachteiligten und bildungsschwachen Schülern/innen unternommen. Nach welchen Kriterien wird die Förderung vergeben? Welchen Einfluss haben Bezirkspolitiker auf die Vergabe von Mitteln? Werden Sie sich für die Ausweitung von Schulsozialarbeit auf weitere Grundschulen einsetzen? An welchen sehen Sie*

diesen Bedarf? Gibt es im Bezirk eine Definition/Beschreibung/ Konzept über die Förderbedarfe von Schulen für Schulsozialarbeit? Wenn ja, in welchen Punkten teilen Sie es? Wenn nein, werden Sie sich für die Entwicklung eines Konzeptes einsetzen?

Zur Zeit hat das Land Berlin für das sogenannte Bonusprogramm folgende Vergabekriterien: 50% der Schüler*innen haben eine Lernmittelbefreiung (Imb) oder 40% der Schüler*innen sprechen Deutsch als Zweitsprache oder sind Nicht-Deutscher-Herkunftssprache (NDH). Der Bezirk hat keinen Einfluss auf die Kriterien oder die Höhe der Mittel des Senats. Der Bezirk könnte den Schulen Mittel über den Jugendhilfe- oder Schulausschuss zuweisen, dafür braucht es zwei Kriterien – Geld und politischer Wille. Dies war in Treptow-Köpenick den letzten Jahren immer weniger der Fall. Wir Bündnisgrünen wollen allen Kindern eine Chance auf Bildung geben, unabhängig von Herkunft und Elternhaus. Dafür soll an allen Schulen – auch an allen Grundschulen - Schulsozialarbeit etabliert werden. Künstliche Grenzen wie die Imb- oder NDH- Prozentsätze müssen entfallen. Ganztagsangebote sollen erweitert und für alle geöffnet werden. Wir wollen die Schulen weiterhin unterstützen, sich konzeptionell weiterzuentwickeln, damit Schule, Hort und die Schulsozialarbeit zusammenwachsen. Dafür setzen wir uns im Bezirk und auch im Abgeordnetenhaus ein!

8. *Welche Alternativen zur Unterstützung von lernschwachen Kindern gibt es sollen Ihrer Meinung nach an den Schulen, an denen es keine Schulsozialarbeit gibt, vorhanden sein? Welche Mittel und Maßnahmen soll der Bezirk im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung von lernschwachen und/oder verhaltenschwierigen Kindern an diesen Schulen zu Verfügung stellen? Nach welchen Kriterien sollen die Mittel/ Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die zur schulischen Förderung, auf die Bezirksregionen verteilt werden?*

Die Schulsozialarbeit unterstützt die Schule, organisatorisch und strukturell mit den unterschiedlichen Herausforderungen der Kinder auszukommen, koordiniert Sozialarbeit und psychologische Dienste und weitere Hilfen, die für die Kinder in Anspruch genommen werden sollten. Schulsozialarbeit wird grundsätzlich in jeder Schule benötigt. Lernschwache, verhaltensauffällige oder auch hochbegabte Kinder brauchen eine kontinuierliche pädagogische Begleitung durch Förderlehrer*innen und Schulhelfer*innen. Um die Idee der Inklusion umsetzen zu können müssen die Klassen 1. klein genug sein und 2. die Förderlehrer*innen und Schulhelfer*innen tatsächlich eingestellt werden. Alle Schulen, die Kinder mit diesen Bedarfen haben, müssen bedacht werden, unabhängig von Bezirksregionen! Des Weiteren brauchen wir Förderzentren für Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen, damit die Wahlfreiheit der Eltern gewährleistet werden kann und die Kinder optimal unterstützt werden können.

9. *Wohnen: Die Erfahrungen mit dem Milieuschutz aus anderen Kiezen zeigen bisher, dass die Verwaltungen die ihnen damit in die Hand gegebenen Mittel nicht ausreichend nutzen, zum Teil auch wegen chronischer Unterbesetzung. Was werden Sie unternehmen, um die Verwaltung besser für ihre entsprechenden Aufgaben auszustatten? Zur Zeit werden trotz Umwandlungsverordnung 74% aller Anträge auf Umwandlung von Miet – in Eigentumswohnungen in den Berliner Milieuschutzgebieten genehmigt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verwaltungen künftig in den Milieuschutzgebieten die Umwandlung in Eigentumswohnungen nicht mehr genehmigen? Wenn ja, wie?*

Wir Bündnisgrünen fordern bereits seit den 90er Jahren eine „soziale Erhaltungsverordnung“ (Milieuschutzverordnung) für Alt-Treptow. Der erfolgreiche Beschluss aus den 90er Jahren verstaubte leider in der Schreibtischschublade des Stadtentwicklungsamtes und für einen neuen

Anlauf konnten wir lange keine Mehrheit in der BVV gewinnen. Das Engagement der Anwohner*innen und der daraus resultierende Einwohnerantrag führten im Mai 2014 schließlich zum Einlenken der BVV.

Doch weiterhin wird die konsequente Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten des Milieuschutzes im Ortsteil blockiert. Es fehlt die Information der Bewohner*innen des ausgewiesenen Milieuschutzgebietes durch das Bezirksamt, damit die Bewohner*innen über die Vorteile der Milieuschutzverordnung informiert werden. Die Milieuschutzverordnung gibt die Möglichkeit gegen Luxusmodernisierungen und Umnutzung von Wohnen in Gewerbe oder Abriss vorzugehen. Im Zusammenspiel mit der Umwandlungsverordnung kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Außerdem hat das Bezirksamt ein Vorkaufsrecht und kann so auch gegen Spekulation vorgehen. Um dieses Vorkaufsrecht auch ausüben zu können fordern wir vom Senat einen entsprechenden Fonds einzurichten!

Der Gesetzgeber hat leider bei der Umwandlungsverordnung Ausnahmen zugelassen. Wenn der Eigentümer sich verpflichtet in den nächsten 7 Jahren nur an die Mieter*innen zu verkaufen, dann bekommt er auch die Genehmigung zum Umwandeln. Diese Ausnahme wollen wir auf der Bundesebene streichen lassen, ebenso wollen wir wieder, die Möglichkeit von Mietobergrenzen in Erhaltungsgebieten einführen. Dadurch könnte in Milieuschutzgebieten die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gestoppt und durch die Mietobergrenzen die Modernisierungstätigkeit bzw. deren Umlage wirksam begrenzt werden.

Um all diese heutigen, wie künftigen Beschränkungen und Maßnahmen tatsächlich begleiten und steuern zu können, ist geschultes und engagiertes Personal in den Bezirksamtern elementar. Das Land hat den Bezirken, hier dem Bezirksamt Treptow-Köpenick, mit Erlass der Milieuschutzverordnung eine Personalstelle zugesprochen. Diese muss zügig besetzt werden. Insgesamt bedarf es aber im Bezirksamt deutlich mehr Engagement für den Erhalt bezahlbarer Mieten, auch wenn das Bezirksamt nicht direkt tätig werden kann. Andere Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg oder Pankow sind da deutlich aktiver. Wir werden auch in diesem Bereich weiter aktiv bleiben und - wenn notwendig - dem Bezirksamt „auf die Finger schauen“!

Harald Moritz - MdA

Andrea Gerbode - Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen